1. Mai-Zeitung 2015

Freier Aargau!

Die Zeitung der SP und der Gewerkschaften des Kantons Aargau

PP
5001 Aarau
Adressänderungen:
Aarg. Gewerkschaftsbund
Postfach 2217, 5001 Aarau



Das 1. Mai-Plakat wurde dieses Jahr von der Lausanner Designerin und Grafikerin Janka Rahm (1968) gestaltet.

Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung!

Aufruf des SGB zum 1. Mai 2015

1890 gingen in der Schweiz und im restlichen Europa erstmals Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter am 1. Mai gemeinsam auf die Strasse. Sie folgten dem Ruf der internationalen Arbeiterunion. Diese hatte den 1. Mai zum internationalen Tag der Arbeit ausgerufen, nach harten Auseinandersetzungen in Chicago anlässlich eines Streiks für den 8-Stunden-Arbeitstag. Lautstark forderten die Kolleginnen und Kollegen auch in der Schweiz den 8-Stunden-Tag. Die Patrons wollten davon nichts wissen. Dagegen sind wir angetreten. Der Kampf für gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Teilhabe an den Früchten der Arbeit wurde hart geführt. Am Arbeitsplatz und auf der Strasse. Die 1.-Mai-Kundgebungen wurden lauter und hatten Zulauf. Viel haben wir seither erreicht: die Arbeitszeiten sanken – in vielen Betrieben bis auf das bereits 1890 geforderte Niveau. Ferien wurden eingeführt, die Löhne erhöht, die Arbeitssicherheit verbessert, Unfall-, Kranken- und Rentenversicherungen gegründet. Kurz: Die Arbeiterbewegung erkämpfte mehr soziale Gerechtigkeit.

2015 ist dieser Kampf nicht zu Ende. Die Schweiz ist so reich wie noch nie. Wir könnten es uns leisten, dass es allen ArbeiterInnen und Angestellten, allen Rentnerinnen und Rentnern gut geht. Die Realität ist leider anders. Die sozialen Gegensätze nehmen zu. Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt. Die Schere zwischen oben und unten öffnet sich. Immer mehr Menschen werden zu Globalisierungsverlierern. Ältere Arbeitnehmende werden aus der Arbeitswelt in die Sozialhilfe abgedrängt. Später bezahlen sie diese Ungerechtigkeit mit mageren Renten. Für junge Menschen wird es schwieriger, rasch in den normalen Arbeitsmarkt zu kommen. Die Erwerbslosigkeit ist mit 4.9 Prozent hoch, höher als in Baden-Württemberg und Bayern. Von Vollbeschäftigung sind wir weit entfernt. Der Lohndruck steigt. Und die Belastung am Arbeitsplatz

Fortsetzung: Seite 4

Frankenstärke – Kehrseite des europäischen Dramas!

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) entschied anfangs Jahr von einem Tag auf den anderen, den Schweizer Franken nicht mehr bei einem Kurs von 1.20 Franken/Euro zu stützen. Die Auswirkungen auf die Schweiz und insbesondere auf den Aargau sind gravierend. Es droht eine Rezession. Und nun sollen die Arbeitnehmenden die Zeche bezahlen. Das kommt gar nicht in Frage und ist ökonomisch völlig kontraproduktiv.

Kurt Emmenegger, Grossrat,
Präsident Aargauischer Gewerkschaftsbund AGB

Der Entscheid der Nationalbank ist eine Kapitulation vor den Spekulanten und ihren politischen und professoralen Helfershelfern. Begründet wird die Aufhebung des Mindestkurses mit der Gefahr einer Bilanzaufblähung der SNB und dem schlechten Kosten/Nutzen-Verhältnis. Ob 50 Milliarden Europapiere in der Bilanz drinstehen oder 1000 Milliarden ist aber völlig egal. Es führt nicht zur Inflation. Inflation entsteht nur, wenn die Nachfrage nach realen Gütern und Dienstleistungen das Angebot klar übertreffen würde. Davon sind wir weit entfernt. Und dieses Papiergeld ist auch nicht verloren. Es wirft Zinsen ab. Die Chinesen zum Beispiel haben für 3,5 Billionen Dollar amerikanische Staatsanleihen in ihrer Bilanz, zur Niedrighaltung ihrer Währung und kein Problem damit. Es gibt auch keine wirklichen Kosten, nur fiktive, ausser fürs Gelddrucken. Beide Argumente widerspiegeln nur das monetaristische Denken des SNB-Präsidenten Jordan, welches einseitig nur aufs Geld fokussiert und die Realwirtschaft ausblendet.

Die Nachbeter dieser Argumentation – neoliberale Wirtschaftsführer und bürgerliche Politiker – feiern die scheinbar neugewonnene Unabhängigkeit des Frankens und der Schweiz vom Euro. Aber in Tat und Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Die Schweiz ist jetzt noch abhängiger vom Euro. Jede Zuckung am Devisenmarkt schlägt voll durch. Fällt der Euro-Kurs unter 95 Rappen, ist Katastrophe angesagt. Es ist einfach so, dass sich niemand auf die Devisenmärkte verlassen kann. Dort ist alles möglich. Hinter der Lobhudelei auf die Unabhängigkeit versteckt sich vor allem das neoliberale Konzept, die Politik aus der Wirtschaft herauszuhalten, damit das Kapital ungestört schalten und walten kann, wie es ihm beliebt.



Diese Kreise wollen uns auch weismachen, dass der starke Franken Ausdruck der besonderen Leistungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft ist und dass wir deswegen die Krisenjahre seit 2008 wirtschaftlich relativ gut überstanden haben.

Zur weiteren Begründung werden dann moralische Kategorien herangezogen: Wir sind besonders arbeitsam und sparsam. Wir leben nicht über unseren Verhältnissen und machen keine Schulden. Womit man gleichzeitig auch sagt, dass die Südländer, also halb Europa, insbesondere die Griechen, alles faule Hunde seien, welche unüberlegt Geld verprassen und Schulden machen. Dass diese Argumentation natürlich völliger Blödsinn ist, zeigt allein schon, dass mit der Aufhebung des Mindestkurses unter dem Druck der Spekulanten in der Schweiz eine Rezession droht. Allein mit einem einsamen Entscheid des SNB-Direktoriums werden die genannten Tugenden pulverisiert und lösen sich in Luft auf. Schaut man ein bisschen zurück auf die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz wird dies noch klarer (siehe Kästchen S. 4).

Leider ist die Halbwertzeit des Gedächtnisses der Leute extrem klein, so dass es leicht ist, solchen Blödsinn zu erzählen. Mit moralischen Kategorien lässt sich aber das sogenannte Erfolgsmodell Schweiz und der starke Franken nicht erklären.

Der eine wahre Grund fürs scheinbare Erfolgsmodell Schweiz und den starken Franken ist, dass die Schweiz die Exportwirtschaft u.a. mit den bilateralen Verträgen gepusht und die Löhne dafür tief gehalten hat, wie Deutschland. Deutschland hat 200 Milliarden Euro Handelsbilanzüberschuss, die Schweiz 40 bis 50 Milliarden Franken. Die Schweiz und Deutschland haben – anders ausgedrückt – alle ihre Schulden aufs Ausland abgeladen und damit auch die Arbeitslosigkeit exportiert. Es geht ökonomisch nicht auf, dass einzelne Länder dauernd Überschüsse machen und alle anderen verschulden sich. Irgendwann können alle anderen Länder nämlich die Exportgüter der Schweiz und Deutschland nicht mehr nachfragen, weil sie pleite sind, und dann bricht die Exportindustrie in der Schweiz und Deutschland zu-

Fortsetzung: Seite 4

Aarau

Kirchplatz
15.00 – 21.00 Uhr

16.25 Uhr: **Umzug ab Bahnhofplatz**
(Besammlung 16.00 Uhr beim Bahnhof)

17.00 / 18.30 Uhr: **Ansprachen**

Itamar Piller, Co-Präsident Junge Grüne Aargau, Aarau
Viviane Hösli, Grossrätin SP, Präsidentin SP Frauen Aargau, Zofingen
Cédric Wermuth, Nationalrat SP, Co-Präsident SP Aargau, Baden


Itamar Piller

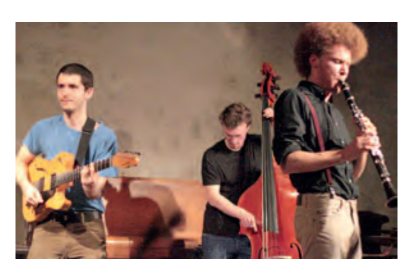

Viviane Hösli


Cédric Wermuth

Rahmenprogramm (ab 15.00 Uhr):
- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände

- Slam Poetry mit **Patti Basler**

- Musik mit Trio **Kautschuk** (Klezmer, Gybsy-Jazz)



Moderation: **Silvia Dell'Aquila** (Regionalsekretärin vpod Aargau)

1. Mai-Kommission Aarau
Maibändel à Fr. 3.– zur Unkostendeckung
Sponsoring Rahmenprogram: **Coop Rechtschutz** und **BankCoop**

Lenzburg

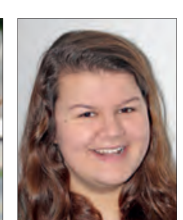
Metzgplatz
15.00 – 19.00 Uhr

16.30 / 17.00 / 17.30 Uhr: **Ansprachen**

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, Nussbaumen
Irène Kälin, Grossrätin Grüne, Sekretärin Unia Aargau, Lenzburg
Mia Kicki Gujer, Co-Präsidentin JUSO Aargau, Wettingen


Max Chopard


Irène Kälin


Mia Kicki Gujer

Rahmenprogramm (ab 15.00 Uhr):
- Grill und Festwirtschaft
- traditionelles Essen
- Kaffee und Kuchen
- Infostände

16.00 - 18.00 Uhr: Musikalisches Intermezzo

Moderation: **Aurel Gautschy** (JUSO Aargau)

1. Maikomitee Bezirk Lenzburg

Baden

Bahnhofplatz
13.00 – 21.30 Uhr

Bezirke Baden und Zurzach

13.30 Uhr: Begrüssung
Gerri Müller, Stadtammann Baden, Nationalrat Grüne

14.00 Uhr: **Umzug durch die Badener Innenstadt**

13.45 / 15.30 / 17.00 Uhr: **Ansprachen**

Pascal Pfister, Sekretär Unia Aargau, Basel
Yvonne Feri, Nationalrätin SP, Präs. SP Frauen Schweiz, Wettingen
Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz, Illnau-Effretikon


Geri Müller


Pascal Pfister


Yvonne Feri


Fabian Molina

Rahmenprogramm (ab 13.00 Uhr):
- Kaffee und Kuchen, Wurst und Bier
- 15.00 - 17.00 Uhr: **Kinderprogramm**
- 16.00 - 20.00 Uhr: Musikalische Intermezzi mit Frank Powers
- 19.00 Uhr: **Manuel Diener**, Slampoet
- 20.00 Uhr: **Those And The Weirdo**

21.00 - 02.00 Uhr im Royal Baden

1. Mai-Archivdisco mit Live Act mit

DJ Max & Tosen

Special Guest:
live singer Claudia P.
(Switzerland/Kenya)



1.MAI Baden

Forum 1. Mai Baden
Button à Fr. 5.– als Unkostenbeitrag

Brugg

Neumarktplatz
ab 17.00 Uhr

17.30 Uhr: **Ansprachen**

Sacha Schenker u. Alessandra Manzelli
Nationalratskandidierende der SP Bezirk Brugg
Pascale Bruderer, Ständerätin Aargau SP, Nussbaumen
Vanessa von Bothmer, Sekretärin Unia Aargau, Basel


Sacha Schenker


Alessandra Manzelli


Pascal Bruderer


Vanessa v. Bothmer

Rahmenprogramm (ab 17.00 Uhr):
- Apéro
- Kulinarisches vom Grill
- Kaffee und Kuchen

- Slam Poetry mit **Patti Basler**

Moderation: **Sacha Schenker** u. **Alessandra Manzelli**

1. Maikomitee Bezirk Brugg

Zofingen

Markthalle
ab 16.00 Uhr

17.00 Uhr: **Ansprachen**

Chris Kelley, Gewerkschaftssekretär Unia, Baden
Claudia Mauchle, Nationalratskandidatin SP, Vorstand AGB, Aarau
Giorgio Tuti, Präsident SEV, Vizepräsident SGB, Langendorf


Chris Kelley


Claudia Mauchle


Giorgio Tuti

Rahmenprogramm (ab 16.00 Uhr):
- Festbeiz der SP Oftringen
- Tombola
- Musik mit **3T´s & Triple Trouble**



Moderation: **Martin Zimmerli** (Präsident 1. Maikomitee Zofingen)

1. Maikomitee Bezirk Zofingen

Muri

Ref. Kirchgemeindehaus
ab 17.30 Uhr

Bezirke Bremgarten und Muri

18.30 / 19.00 Uhr: **Ansprachen**
Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, Nussbaumen
Yvonne Feri, Nationalrätin SP, Präs. SP Frauen Schweiz, Wettingen


Max Chopard


Yvonne Feri

Rahmenprogramm:
- Festwirtschaft mit kulinarischen Köstlichkeiten
- musikalische Umrahmung

Begrüssung (18.00 Uhr):
Andrea Rey (Nationalratskandidatin, Präsidentin SP Bezirk Muri)

SP Bezirke Bremgarten und Muri

Beinwil a.S.

Bezirk Kulm

Vorabendfeier:
Do, 30. April!
Foyer Rest. Löwen
ab 18.30 Uhr

19.30 Uhr: **Ansprachen**

Claudia Mauchle, Nationalratskandidatin SP, Vorstand AGB, Aarau
Urs Hofmann, Regierungsrat SP, Aarau


Claudia Mauchle


Urs Hofmann

Rahmenprogramm (ab 18.30 Uhr):
- Rote Spaghetti
- Infostände

Begrüssung: **Ruedi Lanz** (Gemeinderat, Präsident SP Bezirk Kulm)

1. Maikomitee Bezirk Kulm

Rheinfelden

Bezirke Rheinfelden und Laufenburg

Im Rumpel
11.30 - 20.00 Uhr

13.10 Uhr: **Demo-Marsch zur Schifflände!**
Treffen und Gratis-Apéro mit den deutschen KollegInnen an der Schifflände
Karin Distler, DGB, Präsidentin IGR Dreiländereck

Begrüssung:
Colette Basler und **Claudia Rohrer**
Fricktaler Nationalratskandidatinnen

ab 15.00 Uhr:
Ansprachen im Rumpel (Clublokal Colonia Libera Italiana CLI)

Cédric Wermuth, Nationalrat SP, Co-Präsident SP Aargau, Baden
Kurt Emmenegger, Grossrat, Präs. Aarg. Gewerkschaftsbund
Manuel Avallone, Vizepräsident SEV, Bern


Cédric Wermuth


Kurt Emmenegger


Manuel Avallone

Rahmenprogramm (ab 11.30 Uhr):
- Festbetrieb im Rumpel
- Enzos Spaghetti
- Unterhaltung mit **Donato**

Moderation: SP Bezirkspräsidien Rheinfelden und Laufenburg

SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg
Gewerkschaften Unia, syndicom und SEV

Frankenstärke – Kehrseite des europäischen Dramas!

Fortsetzung von der ersten Seite

sammen. Die Folgen darf man sich gar nicht ausmalen.

Der andere wahre Grund für den starken Franken sind die Banken und das Steuerdumping. Viele Leute wollen in der Schweiz ihr Geld verstecken. Das erzeugt ständigen Druck auf die Währung. Die Schweiz dient als Schutzbunker für das Geld der Reichen aus aller Welt. Die Folgen trägt die Bevölkerung.

Was tun?

Es gibt keine andere Massnahme, die kurzfristig für die Wirtschaft so wirksam ist, wie die Wiedereinführung eines Mindestkurses. Die Nationalbank kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie muss ihre Hausaufgaben machen und den Schweizer Franken wieder verteidigen. Es ist ihr klarer gesetzlicher Auftrag: „Die Nationalbank führt die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes. Sie gewährleistet die Preisstabilität. Dabei trägt sie der konjunkturellen Entwicklung Rechnung.“ (Art. 5 des Nationalbankgesetzes).

Dann muss die Schweiz endlich aufhören, unter dem Deckmantel von Standortmarketing Steuerdumping zu betreiben. Die angedrohte Unternehmenssteuerreform III, mit der sie dieses Steuerdumping in die Zukunft retten will, müssen wir deshalb aktiv bekämpfen. Weiter muss die Steuerflucht in die Schweiz entschieden bekämpft werden. Beides – Steuerdumping und Schutzbunker für Steuerfluchtgeld – treibt den Frankenkurs nach oben.

Schliesslich müssen Bund und Kantone Geld ausgeben, investieren und sich verschulden, zum Beispiel für die Energiewende und allgemeiner für den ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften müssen mobil machen gegen jede Lohnkürzung, ob direkt, über Eurolöhne oder über Arbeitszeitverlängerungen. Sie sind ein völlig untaugliches Mittel gegen die durch die Aufhebung des Mindestkurses verursachten wirtschaftlichen Probleme. Lohnkürzungen sind Gift für die Nachfrage im Inland, die bisher die Konjunktur gestützt hat. Wenn die Löhne sinken und die Teuerung ins Negative abrutscht, geraten wir in eine Deflation. Oder kurz und bündig: Wenn man Löhne kürzt, entsteht Arbeitslosigkeit, nichts anderes. Lohnkürzungen wären also der Versuch, einen Brand mit Benzin zu löschen. Das Gegenteil ist volkswirtschaftlich nötig.

Die Löhne müssen viel stärker steigen, nicht nur um die Inflation auszugleichen, sondern im Gleichschritt mit dem Produktivitätsfortschritt, d.h. nicht nur um 1 bis 2 Prozent wie in den letzten Jahren, sondern um 3 bis 4 Prozent. In den letzten Jahren ist in der Schweiz die Produktivität 3 Mal mehr gewachsen als die Löhne. Man muss den Leuten das Geld geben, mit dem sie die Dinge kaufen können, die sie herstellen. Wenn die Produktivität steigt, müssen die Leute auch jedes Jahr mehr im Portemonnaie haben. Anders geht es volkswirtschaftlich nicht.

Die stagnierenden Löhne in der Schweiz, aber auch in Europa und anderswo, sind der Hauptgrund, dass niemand mehr wirklich gross investiert, weil es übers Ganze gesehen immer weniger KäuferInnen gibt, die über genügend Geld zum Konsumieren verfügen. So wird massiv Finanzkapital in die Spekulation gesetzt, was immer wieder zu grossen wirtschaftlichen Verwerfungen führt. Oder das Geld liegt auf der Bank und verrottet da. Ersparnisse können nur produktiv werden, wenn sie zu Schulden werden. Also wenn jemand das Geld von der Bank nimmt und es ausgibt. Irgendwer muss immer Schulden machen, sonst geht die Rechnung nicht auf. Die Schweiz vertraut wie Deutschland einfach darauf, dass das Ausland Schulden macht. Nun sind viele europäische Staaten mehr oder weniger pleite, und wir sehen, dass das Spiel nicht aufgeht.

Wenn niemand anders investiert, dann ist es halt unumgänglich, dass der Staat investiert und Schulden macht, damit wir aus der wirtschaftlichen Schockstarre herauskommen und die bestehende wie in Griechenland oder die sich anbahnende soziale Katastrophe in ganz Europa abwenden können.

Dazu muss der Staat das Geld, das er den Reichen und Unternehmen durch Steuersenkungen, Deregulierungen und Privatisierungen in den Rachen geschoben hat, wieder zurückholen. Es hat mehr als genug. Etwas was die meisten nicht sehen können oder wollen, ist, dass den riesigen Schulden in vielen Staaten ebenso riesige privat angeeignete Ersparnisse gegenüberstehen.

Es ist gesellschaftlich bedeutend vernünftiger und sinnvoller, wenn der Staat Geld aufnimmt, so Schulden macht und dieses Geld investiert, als wenn mit diesem Geld wild spekuliert wird oder es auf der Bank verrottet.

So kann verhindert werden, dass die Menschen ins Elend gestürzt werden wie in Griechenland, und dass sich eine soziale Katastrophe in Europa anbahnt, von der auch die Schweiz nicht verschont würde.

Wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz im Rückblick

- Unterdurchschnittliche Wachstumsraten kombiniert mit einem dramatischen Niedergang der Industrie in den 80er Jahren (Stichwort: Merger BBC mit ASEA zu ABB mit einer Halbierung der Arbeitsplätze von 20'000 auf 10'000)
- Tiefste und längste Krise in den 90er Jahren, woran auch wieder die SNB gewichtigen Anteil hatte (Stichwort: Halbierung der Arbeitsplätze im Baugewerbe von 180'000 auf 90'000)
- Wirtschaftliche Besserung erst ab 2000 mit dem Abschluss der bilateralen Verträge und damit dem besseren Zugang zum europäischen Binnenmarkt mit 500 Mio. EinwohnerInnen, ohne Beitritt zur EU mit den damit verbundenen Verpflichtungen. Eine schamlose Rosinenpickerei!

Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung!

Fortsetzung von der ersten Seite

hat spürbar zugenommen. Das alles macht den Menschen Sorgen. Dagegen treten wir an.

Statt die Probleme anzugehen, wollen bürgerliche Parteien, Wirtschaftsverbände und Arbeitgeber die soziale Gerechtigkeit aushöhlen. Zahlreich sind die Patrons, die den stark überbewerteten Franken zum Vorwand nehmen, um ihre Margen nicht nur zu erhalten, sondern sogar zu erhöhen. Frei nach dem Prinzip „In guten Zeiten die Gewinne einstreichen, in schlechten Zeiten die Risiken auf die Arbeitnehmer abwälzen“ führen sie illegale Eurolöhne ein, senken Löhne, lagern Arbeitsplätze aus und erhöhen die Arbeitszeit. Gegen diese „Frankenkrisengewinnler“ treten wir an.

Statt von der Nationalbank die Durchsetzung ihres gesetzlichen Auftrags zu fordern und für einen angemessenen Euro-Franken-Kurs einzustehen, stimmen die bürgerlichen Parteien ein in den Chor der Wirtschaftsverbände und propagieren altbekannte ideologische Rezepte: Deregulierung, Service public abbauen, Sparprogramme, Sozialabbau, Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche und der Verzicht auf längst fällige Massnahmen wie jene zur Durchsetzung der in der Verfassung verankerten Lohngleichheit. Dagegen treten wir an.

Statt Probleme zu lösen, werden die Nöte und Ängste der Menschen mit Ausgrenzungskampagnen bewirtschaftet: Gegen SozialhilfeempfängerInnen, gegen IV-BezügerInnen, gegen religiöse Minderheiten und vor allem gegen Ausländerinnen und Ausländer. Ausgrenzung und Diskriminierung schaden nicht nur den Betroffenen, sondern auch der Gesellschaft. Und gefährden den Wohlstand. Dagegen treten wir an.

Soziale Gerechtigkeit ist das Gebot der Stunde. Gute Löhne und Renten, gute Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen sind in der Schweiz wirtschaftlich möglich. Es ist eine Frage des Willens und des Kräfteverhältnisses. Deshalb fordern wir lautstark: Gute Löhne und bessere Renten, gute Arbeitsbedingungen und Vollbeschäftigung. Wir fordern eine gerechte, solidarische, diskriminierungsfreie und offene Schweiz. Dafür treten wir an. Dafür rufen wir im 125. Jahr der Maifeier unsere Losung ins Land: **Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung!**

Zahlbare Krankenkassenprämien für alle!

Die bürgerliche Politik der letzten 15 Jahre kannte nur eine Richtung: Steuern für die Gutverdienenden und für die Unternehmen runter (also für sich selber), Leistungen für die breite Bevölkerung streichen – schliesslich muss das ja auch jemand bezahlen.

Cédric Wermuth, Nationalrat, Co-Präsident SP Aargau



Am 8. März dieses Jahres geschah dann im Kanton Aargau das, was sich die Selbstbedienungskoalition in Parlament und Regierung nicht hatte vorstellen können. Das Volk hat deutlich Nein gesagt zum Kahlschlag bei den Leistungen, zur so genannten Leistungsanalyse. Die Botschaft der Menschen war klar: Es reicht!

Die verlorenen Jahre des unsozialen Staatsabbaus müssen endlich ein Ende haben. Deshalb lässt die SP Aargau nicht locker. Es reicht nicht zu sagen, was wir nicht wollen. Wir müssen auch ein Programm dafür formulieren, was wir wollen. Die SP Schweiz hat deshalb ein Wahlprogramm mit 10 klaren Forderungen für eine soziale Schweiz formuliert. Einen Vorschlag davon wollen wir im Kanton Aargau nun mit einer Volksinitiative aufnehmen.

Krankenkassenprämien explodieren, die öffentliche Hand zieht sich zurück

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB rechnet in seinem neusten Verteilungsbericht eindrücklich vor: Die Krankenkassenprämien belasten die Haushalte in der Schweiz übermässig. Faktisch wurden die Lohnerhöhungen und Steuersenkungen bis weit in die Mittelklasse von den explodierenden Prämien gleich wieder weggefressen. Der Hauptgrund liegt darin, dass sich die öffentliche Hand zunehmend aus der Finanzierung der individuellen Prämienverbilligung zurück zieht. Seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes Mitte der 90er Jahre haben sich die Prämien verdoppelt, die Prämienverbilligung wurde allerdings nur um 36% ausgebaut. Die Mehrheit im Aargauer Parlament und in der Regierung hat die Prämienverbilligung im Kanton systematisch geschreddert. Der Prozentsatz des Einkommens, ab welchem ein Haushalt Anspruch auf Prämienverbilligung hat, wurde von 9 auf 11.5% erhöht. Zudem hat die Regierung die Berechnungsgrundlagen seit Jahren schlicht nicht mehr der effektiven Prämienentwicklung angepasst. Das Resultat: Immer mehr Menschen gerade aus den mittleren Einkommensklassen verlieren ihren Anspruch – allein am 1. Januar 2015 haben wieder 17 000 Personen im Aargau ihre Prämienverbilligung verloren.

Zahlbare Krankenkassenprämien für alle – niemand soll mehr als 10% seines Einkommens für die Prämien ausgeben müssen

Diese Tendenz will die SP Aargau mit einer eigenen Volksinitiative stoppen: Jeder Haushalt, der mehr als 10% seines Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss, soll Anspruch auf Prämienverbilligung haben. Dieser Anspruch soll als Mindestforderung ins Gesetz. Gleichzeitig schliesst der Initiativtext wichtige Lücken. So soll die Regierung in Zukunft verpflichtet werden, bei der Berechnung der so genannten Richtprämie (die Orientierungsgrösse für die Berechnung des Anspruchs auf Verbilligung) die effektive Prämienentwicklung abzubilden. Und der Kanton soll in Zukunft mindestens 80% der Beiträge ausschütten, die der Bund an die Prämienverbilligung beisteuert. Mit diesem Vorschlag wird der Kanton Aargau nicht etwa zum sozialistischen Paradies. Es ist vielmehr ein ausgewogener Kompromiss: Die 10% gemessen am Haushaltseinkommen liegen in der Mitte der Entwicklung der letzten 15 Jahre. Die 80% Kantonsbeiträge bringen den Kanton Aargau im schweizweiten Vergleich aus dem untersten Drittel in die vernünftige Mitte.

Die Initiative der SP Aargau schlägt eine entscheidende Bresche in die Entwicklung der letzten Jahre. Mit dem verheerenden Staatsabbau zu Lasten der Bevölkerung muss endlich Schluss sein. Wir wollen wieder einen Staat, der für die Menschen da ist – und nicht nur für Reiche und Grossunternehmen.

Die Initiative kann auf der Kampagnenwebseite www.aargaufueralle.ch oder auf der Webseite der SP Aargau www.sp-aargau.ch unterstützt werden.

Das Freihandelsabkommen TiSA bedroht den Service public!

Ein wichtiger Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz ist der gute Service public. Wichtige Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Wasser und Energie sind in öffentlicher Hand und werden durch Steuergelder finanziert. So sind die Dienstleistungen der Grundversorgung für alle zugänglich und bezahlbar. Nun droht die Privatisierung dieser Angebote, mit fatalen Folgen für uns alle. Widerstand ist dringend notwendig.

Gabriela Suter, Einwohnerrätin, Geschäftsleitung SP Aargau, Nationalratskandidatin



TiSA (Trade in Services Agreement) heisst das Abkommen, das 50 Staaten, unter ihnen die Schweiz, hinter verschlossenen Türen der australischen Botschaft in Genf aushandeln. Die Verhandlungen sind streng geheim. TiSA ist die Fortsetzung des Freihandelsabkommens GATS, das allerdings noch eine Reihe von Schutzklauseln für öffentliche Dienstleistungen beinhaltete.

Was will TiSA und wer steckt dahinter?

Mit dem TiSA-Abkommen sollen sämtliche Leistungen des Service public liberalisiert und für den weltweiten Markt geöffnet werden. Das trifft uns alle direkt: Es geht bei den Verhandlungen um Dienstleistungen, die wir alle zwingend konsumieren müssen, um unsere Energie- und Wasserversorgung, um Spitäler und Schulen. Sollen diese Dienstleistungen wirklich dem freien Markt ausgesetzt werden, wo Angebot und Nachfrage die Preise regeln? Hinter dem TiSA-Abkommen stehen multinationale Konzerne und Firmengruppen wie Siemens oder Hirslanden. Ihre Interessen sind klar: Sie wollen möglichst viele Handelsbeschränkungen beseitigen, um weitere Märkte zu erschliessen und noch mehr Wachstum zu erzielen. Sollen die Spitäler und Schulen künftig auf Kosten von Kranken und Kindern wirklich einen Gewinn erwirtschaften?

Was macht TiSA so gefährlich?

TiSA ist ein Frontalangriff gegen unsere Demokratie. Das Abkommen sieht vor, dass die öffentliche Hand keine neue Leistungen übernimmt. Eine einmal gemachte Marktöffnung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, weder durch Parlamentsbeschlüsse noch durch Volksabstimmungen. Gemäss TiSA-Abkommen gibt es also keinen Weg zurück aus der Liberalisierung. Auch wenn sich herausstellen würde, dass die privaten Anbieter versagen, gäbe es keine Möglichkeit mehr, den Dienstleistungsbereich wieder der öffentlichen Hand zu übergeben.

Gemäss TiSA-Abkommen muss jeder Vertragsstaat eine Liste der Dienstleistungen erstellen, die von der Marktöffnung ausgenommen werden. Alle zukünftigen Dienstleistungen, die auf der Liste fehlen, müssen zwingend für den Markt geöffnet sein. Neue, heute noch nicht bekannte Energieträger beispielsweise wären dann zwingend in privater Hand.

Wehren wir uns gegen TiSA!

Bei TiSA geht es letztlich um die Grundfrage: Wofür ist der Staat zuständig? Ich bin der Überzeugung, dass er nicht blosser Nachtwächterstaat sein soll, sondern dass er die Kontrolle haben muss über diejenigen Güter, die wir alle zwingend konsumieren müssen. Der Staat ist verantwortlich dafür, dass die ganze Bevölkerung, unabhängig des finanziellen Hintergrunds, Zugang zu Wasser, Bildung, zur Strom- und Gesundheitsversorgung hat. Diese Dienstleistungen dürfen nicht den Spielen des freien Marktes ausgesetzt sein. Der Staat ist dafür verantwortlich, jede_n Einzelne_n von uns vor der Machtgier der Grosskonzerne zu schützen. Ich will nicht, dass die Schweiz die Kontrolle über die Wasserversorgung oder die Bildung abgibt, ohne die Möglichkeit, diese je wieder zu erlangen.

Deshalb müssen wir uns gegen TiSA wehren. Auf lokaler Ebene, indem wir von unseren Behörden fordern, beim Bundesrat eine Beschwerde zu machen gegen die Verhandlungen, die undemokratisch im Geheimen ablaufen und den sozialen Zusammenhalt unseres Landes gefährden. Indem wir unsere Gemeinde zur TiSA-freien Zone erklären, so wie das in Zürich und Bern bereits mit Postulaten gefordert wird. Wir wollen nicht von Grosskonzernen abhängig sein, die unsere Transportsysteme, unser Gesundheitssystem und unsere Wasser- und Energieversorgung kontrollieren. Verteidigen wir den Service public, indem wir gemeinsam Widerstand leisten!



Generation Smartphone: Organisiert euch!

Wenn wir darüber nachdenken, was unsere Generation wohl am meisten prägt, dann ist es wohl der technische Fortschritt, mit dem wir aufgewachsen sind. Wir waren die ersten, die aus dem Skilager mit dem Handy nach Hause telefoniert haben und dazu nicht in eine Telefonkabine mussten.

Claudia Mauchle, vpod
Jessica Volmar, Unia



Wir waren auch die ersten, die Profile mit Informationen aus unserem privaten Leben auf Facebook erstellten und mit Fotos viele Like's als soziale Anerkennung sammeln konnten. Wir haben auf unseren Facebook-Accounts hunderte Freunde aus der ganzen Welt, mit denen wir vernetzt sind und jeder Zeit in Kontakt treten können.

In der Schule lernten wir zwar noch, uns mit einem Lexikon durchzuschlagen, doch heute können wir dank unseren Smartphones in wenigen Sekunden auf Milliarden von Information zugreifen. Wir bekommen sofort Push-Nachrichten, wenn irgendwo auf der Welt etwas Schreckliches passiert ist und wir bekommen sofort Push-Nachrichten, wenn irgendein Promi irgendetwas Langweiliges gemacht hat.

An fast jeder Gewerkschaftssitzung ziehen wir beide, Jessica (20 Jahre) und Claudia (21 Jahre), den Altersdurchschnitt gewaltig nach unten. Da stellt sich doch die Frage, warum sich nicht mehr jüngere Menschen für die Arbeiter_innenbewegung interessieren und sich in ihrer Freizeit aktiv dafür einsetzen, dass die Anliegen der Arbeiter_innen in der Schweiz gehört werden. Weshalb braucht eine Generation, die beinah jede Frage mit Hilfe von Google beantworten kann und via Socialmedia mit der ganzen Welt vernetzt ist, die Gewerkschaften?

Wir sind in einer unsicheren Zeit aufgewachsen. Der Kapitalismus ist schon lange aus den Fugen geraten: Krise an Krise und wir streben nach Sicherheit. Druck kommt von überall her – wir müssen uns weiterbilden, damit der Lohn für ein gutes Leben reicht. Wir müssen unser Leben so gestalten, damit es in unserem Lebenslauf genug gut aussieht, damit wir uns gegen hunderte andere Bewerber_innen durchsetzen können.

Auf Facebook stellen wir unsere schöne Welt dar. Die positiven Dinge werden überspitzt dargestellt und die Schwierigkeiten im Leben ignoriert. Wir verbringen viel Zeit mit diesen oberflächlichen Informationen und weil unsere Facebook-Freunde ihr Leben genauso gut verkaufen wollen, werden wir von dieser Scheinwelt getäuscht.

Statt dass wir uns über unsere lange Arbeitszeiten oder die schlechte Entlöhnung beschweren, teilen wir Katzenvideos und Lebensweisheiten. Nach der Arbeit auf dem Nachhauseweg lächeln wir noch in die Kamera, um ein Selfie zu schiessen und dann mit einem Filter unsere Augenringe zu retuschieren.



Weil man schon so damit beschäftigt ist, mit seinem Alltag zurecht zu kommen, fehlt die Zeit, sich dafür einsetzen, etwas an der eigenen Situation zu verändern und für bessere Arbeitsbedingungen einzustehen.

Es reicht leider nicht, wenn wir eine Onlinepetition unterschreiben. Es reicht leider nicht, wenn wir bei der Seite für den Mindestlohn „gefällt mir" drücken. Wir müssen uns in Gewerkschaften organisieren, miteinander für unsere Anliegen einstehen und dafür sorgen, dass wir uns weitere sozialpolitische Errungenschaften auf unsere Fahnen schreiben können: Für unsere Generation und für alle nächsten!

Erbschaftssteuerreform für eine starke AHV

Die reichsten 2% der Bevölkerung besitzen heute gleichviel Vermögen wie die restlichen 98% zusammen. Diese extrem ungleiche Verteilung ist schädlich für die Gesellschaft und deren Zusammenhalt. Die Volksinitiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV" will dieser extremen und schädlichen Vermögenskonzentration entgegentreten.

Viviane Hösli, Grossrätin SP,
Sekretärin Aarg. Gewerkschaftsbund

Erbschaften fallen, wie Lottogewinne, ohne eigene Leistung an und niemand käme auf die Idee, Lottogewinne seien nicht zu besteuern. Auch der Lohn, die AHV-Rente und die Erlöse aus einem Verkauf von Eigentum müssen versteuert werden. Wenn Erbschaften besteuert werden, ist dies also nur fair und wirtschaftlich sinnvoll. Fair auch deshalb, weil es grosszügige Freigrenzen im neuen Verfassungsartikel geben soll. Anders als heute werden mit der nationalen Erbschaftssteuer auch Geschwister und Nichtverwandte bei Erbschaften unter 2 Millionen nicht besteuert.



Die Erbschaftssteuer für eine starke AHV

Zwei Drittel des Steuerertrags von voraussichtlich 3 Mia. Franken sollen in den Ausgleichsfonds der AHV gehen. Dies ist ein willkommener Zustupf für das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Die AHV braucht das Geld zur Anpassung an die heutigen Bedürfnisse der Rentnerinnen und Rentner. Heute sind die AHV-Renten vor allem für diejenigen zu tief, die einzig von der AHV abhängig sind oder nur eine bescheidene 2. Säule haben.

Arbeitsplätze bleiben gesichert

Werden Unternehmen oder Landwirtschaftsbetriebe vererbt, so gelten besondere Ermässigungen, wenn sie von den Erben, Erbinnen während mindestens zehn Jahre weitergeführt werden. So wird der Weiterbestand nicht gefährdet und die Arbeitsplätze bleiben erhalten. Es ist nach der Annahme der Initiative Sache des Parlaments, die Modalitäten genauen festlegen.

Mit einem Freibetrag von 50 Millionen Franken könnten die meisten kleinen und mittleren Betriebe steuerfrei an die nächste Generation übertragen werden. Landwirtschaftsbetriebe sind gemäss Initiativtext ganz von der Erbschaftssteuer befreit.

Eine sinnvolle Harmonisierung zwischen den Kantonen

Fast alle Kantone erheben eine Erbschaftssteuer. Allerdings ist diese sehr unterschiedlich geregelt. In fast allen Kantonen sind heute die direkten Verwandten (Ehepartner, Kinder und Eltern) von der Steuer befreit. So auch im Kanton Aargau. Erbt heute eine Frau vom Grossvater einen Betrag von Fr. 200 000.-, so gehen Fr. 17 400.- als Steuern an Kanton und Gemeinden. Mit der neuen Regelung wären alle Erbschaften bis 2 Millionen Franken steuerfrei. Nur für über diesem Betrag liegende Erbschaften soll zukünftig eine Steuer von 20 Prozent erhoben werden. Die für den Kanton Aargau – gemäss Finanzminister Brogli (AZ, 14.3.2015) – resultierenden Ausfälle von 15 Millionen Franken werden durch den Kantonsanteil des Ertrags der Erbschaftssteuer aber mehr als kompensiert.

Die Erbschaftssteuerreform ist der richtige Weg, um die Verteilungsschere in der Schweiz wieder etwas zu schliessen. Ja zu einer fairen und nützlichen Erbschaftssteuerreform!



Nie mehr Barackenschweiz!

Herausforderung Masseneinwanderungsinitiative: Lohnschutz statt Heimatschutz

Eines ist klar: Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stellt uns vor eine ganze Reihe von Herausforderungen. Ebenso klar ist, dass es dem Bundesrat an Mut und Innovationsgeist fehlt, um diese erfolgreich auzupacken. Vorerst ist es zwar positiv zu bewerten, dass er auf die Wiedereinführung des unwürdigen Saisonnier-Statuts verzichtet. Die Unklarheiten in Bezug auf Einschränkungen des Familiennachzugs und des Asyls bereiten allerdings Anlass zur Sorge.

Iréne Kälin, Sekretärin Unia Aargau, Grossrätin Grüne

Die Rechte der Migrant_innen auf Familiennachzug dürfen nicht eingeschränkt werden. Das Asylrecht darf von der Umsetzung der Initiative nicht betroffen sein. Die Umsetzung muss für alle Arbeitnehmenden ausgewogen sein und darf keine diskriminierenden Kontingente beinhalten. Denn von da ist es nicht mehr weit zu unmenschlichen Saisonnier-Statuts und der Ruf danach erschallt bereits in den rechtskonservativen Hallen. Diesen krassen Fehler der Vergangenheit und die damit einhergehende Apartheid in der Schweiz dürfen sich auf keinen Fall wiederholen. Solche Lebenssituationen waren der Schweiz unwürdig und werden es immer bleiben – ein dunkles Kapitel unserer jüngsten Vergangenheit.

Eine Barackenschweiz darf nicht einmal angedacht, geschweige denn geplant werden. In den Diskussionen um unser Verhältnis zu Europa müssen der Schutz und die Rechte aller Arbeitnehmenden in den Vordergrund rücken. Dies muss das Herzstück sein, an welchem sich auch der Bundesrat zu orientieren hat.



Die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz dürfen nicht gefährdet werden. Es sind nicht die ausländischen Arbeitnehmenden, welche freiwillig für Tiefstlöhne arbeiten und oft in menschenunwürdigen Unterkünften wohnen, sondern es sind die fehlenden Kontrollen und die Gier der Grossunternehmungen, welche Dumpinglöhne erst möglich machen. Wir dürfen uns nicht abschotten, sondern wir brauchen strikte Lohnkontrollen und Schutzmassnahmen.

Der Fall Goger – Zustände wie früher

Wir erinnern uns nur ungern an den von der Unia aufgedeckten Fall der Gipserfirma Goger-Swiss: 22 Mann wurden in 11 Zimmern untergebracht und mussten dafür noch über 13 000 Fr. Miete bezahlen. Jeweils 7 Männer teilten sich ein WC. Weil die Küche zu klein war, haben die Arbeiter Kochplatten und Kühlschränke in ihren Zimmern aufgestellt. Dies zeigt nicht nur, wie nahe die unmenschlichen Zustände der Barackenschweiz auch heute noch liegen, sondern auch wie wichtig Kontrollen sind. Wir wollen keine Kontingente für ausländische Arbeitnehmende, sondern konkrete Kontrollen zum Schutz der inländischen und ausländischen Arbeitnehmenden.

Klartext für und nicht gegen die Arbeitnehmenden

Nach einem Jahr spricht der Bundesrat nun erstmals Klartext: Für Angehörige von Drittstaaten führt er Kontingente und Inländervorrang ein, für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gelten vorderhand weiterhin die Bestimmungen des Freizügigkeitsabkommens. Das ist richtig, denn die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative darf nicht zu einem Bruch mit unseren europäischen Nachbarn führen. Geregelte Beziehungen zur EU – in der heutigen Form der bilateralen Verträge – sind von zentraler Bedeutung für die Schweiz.

Nach dem „Frankenschock“, bzw. der unnötigen und verheerenden Aufgabe des Euro-Mindestkurses, ist der Bundesrat ganz besonders in der Pflicht, seine Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmenden wahrzunehmen. Er darf nicht blind schädlichen Kurzfristmassnahmen zustimmen und die Frankenstärke von den Arbeitnehmenden berappen lassen. Es wäre eine perverse Umsetzung der abschotterischen Masseneinwanderungsinitiative, wenn sie zur Folge hätte, dass keine Ausländer_innen mehr in die Schweiz kommen, weil wir gleich schlechte Löhne zahlen wie die umliegenden Euro-Ländern.

Bildungsoffensive für alle

Um den Druck auf die Zuwanderung zu bremsen, muss der Bundesrat rasch ein konkretes Massnahmenpaket für mehr Lebensqualität ohne Ausgrenzung vorlegen. Denn die Lebensqualität in der Schweiz hängt nicht von der Höhe der Zuwanderung ab, entscheidend sind die richtigen Reformen im Innern. Weitermachen, als hätte es den 9. Februar 2014 nie gegeben, ist keine Option. Was es jetzt braucht, ist eine Bildungsoffensive zur Aus- und Weiterbildung von einheimischem Fachpersonal. Zudem gehört zu einer Strategie des Inländervorrangs auch die bessere Integration von Frauen, Berufseinsteigern und Arbeitnehmenden über 50 in den Arbeitsmarkt. Damit die Masseneinwanderungsinitiative nicht noch mehr Schaden anrichtet braucht es flächendeckende Gesamtarbeitsverträge und wirksame Kontrollen zum Schutz vor Lohndumping. Ebenso Not tut eine nachhaltige Wirtschaftsförderung statt Steuerdumping, insbesondere Steuerreformen zur Beseitigung von Fehlanreizen für ausländische Unternehmen.

Die grösste Herausforderung der Masseneinwanderungsinitiative ist nicht der Heimatschutz, sondern der Lohnschutz. Sonst laufen wir nicht nur Gefahr, ausländische Arbeitnehmende mit bürokratischen Kontingenten zu verjagen, sondern höhlen unseren Lohnschutz derart aus, dass die Arbeitnehmenden den Preis der Masseneinwanderung von ihrem eigenen Lohn bezahlen müssen.

Berner-Suppe «spezial»
à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Dienstag, 12. Mai 2015 (19.30 - 21.00 Uhr)
Kulturhaus Meck à Frick
Geissgasse 17, 5070 Frick

Bericht von der Sondersession
Gast: Andy Tschümperlin
(Präsident SP-Bundeshausfraktion)
mit Gesangsgruppe Gegenstrom (D) und offerierter Suppe

Es laden ein: SP Bezirk Laufenburg und SP Frick

Armut und Verelendung – Griechenland organisiert sich von unten!



Infoveranstaltung mit

Alexandra Pavlou aus Athen

Donnerstag, 30. April 2015
19.30 Uhr im Rest. Rathausgarten in Aarau

„Die Kälte ertrage ich, aber den Hunger ertrage ich nicht", dieses Plakat hält ein Rentner in den Straßen Athens in die Höhe. Er protestiert damit für ein Leben in Würde. Diese Szene ist symptomatisch für die neugewählte griechische Links-Regierung SYRIZA. Armut, keine Gesundheitsversorgung, keine Heizung, kein Strom, keine Wohnung – solche Folgen haben nach den „Sparmaßnahmen" und Auflagen der sogenannten Institutionen (vormals Trojka) weite Teile der Bevölkerung Griechenlands zu ertragen. Eine Zahl dazu: Über 40% der Griechinnen und Griechen leben mittlerweile ohne Zugang zur Gesundheitsversorgung. Alles dafür, dass der griechische Staat Geld aufnehmen kann, um das Bankensystem am Leben zu erhalten, nicht aber seine Bevölkerung.

Alexandra Pavlou aus Athen, bis zur Krise selbstständige Übersetzerin und nun selbst von der Arbeitslosigkeit betroffen, gibt Einblicke in die griechische Gesellschaft und den Alltag der Menschen. Der nahezu vollständige Rückzug des Staates aus der sozialen Grundversorgung hat Selbstorganisation in der Bevölkerung hervorgebracht. So arbeitet sie in verschiedenen Stadtteilinitiativen in Exarchia, nahe des Athener Zentrums. Wo sich der Staat zurück zieht um Banken zu füttern entstehen Strukturen aus der Zivilgesellschaft.

Organisiert durch die Unia Aargau

Das ewige Nehmen im Detailhandel

Die Liberalisierungs-Turbos versuchen wieder einmal die Ladenöffnungszeiten zu verlängern. Gegen den Willen der Bevölkerung und der Arbeitnehmenden. Sollte das Parlament diese unnötigen Bestrebungen nicht selbst beerdigen, werden die Gewerkschaften das Referendum dagegen ergreifen.



Pascal Pfister, Sekretär Unia Aargau

Immer länger arbeiten ist für Verkäuferinnen und Verkäufer die traurige Erfahrung der letzten Jahre. Und zwar länger Arbeiten ohne Entgegenkommen der Arbeitgeber. Kein GAV, kein Zuschlag, keine substanzielle Lohnerhöhung. Und das obwohl die Bevölkerung längere Ladenöffnungszeiten gar nicht befürwortet. Zumindest wurden diese auf kantonaler Ebene mehrfach verworfen. Zuletzt gerade wieder im März im Kanton Solothurn. Nun versuchen es die auf Bundesebene. Das ist reine Zwängerei.

Die Vorlage möchte schweizweit Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr werktags und von 6 bis 19 Uhr samstags ermöglichen. Obwohl sich neben den Gewerkschaften auch die Kantone dezidiert gegen die Vorlage ausgesprochen haben, will der Bundesrat sie annehmen. Er ignoriert damit die legitimen Bedürfnisse der VerkäuferInnen und übergeht die Kantone.

Die bestehenden Angebote an Bahnhöfen und Tankstellen reichen vollkommen aus, um die Bedürfnisse der Rundum-Konsum-Gesellschaft zu decken. Eine Ausweitung auf Einkaufszentren, Geschäftsstrassen und Dorfkerne braucht es nicht und wird vor allem von der Bevölkerung nicht gewünscht. Selbst unter den Detailhändlern sind es vor allem die grossen Ketten und nicht die kleineren Geschäfte, die auf die Liberalisierung drängen.

Solange die allermeisten Arbeitgeber nicht bereit sind, eine Sozialpartnerschaft einzugehen, gibt es deshalb keinen Grund, dieser Vorlage zuzustimmen. Solange es keine Zulagen gibt, die Abendarbeit entschädigen und als Lenkung wirken, sagen die Gewerkschaften kategorisch Nein. Die Verkäuferinnen und Verkäufer haben es satt, immer nur zu geben. Zu einer echten Sozialpartnerschaft gehört „Geben und Nehmen."

Die Gewerkschaften werden in jedem Fall das Referendum ergreifen. Ein Referendum, das sich durchaus gewinnen lässt, wie die Vergangenheit mehrfach gezeigt hat. Von alleine kommt es aber nicht, sondern unser Einsatz zusammen mit den Verkäuferinnen und Verkäufern wird nötig sein.





Impressum

Herausgeber:
- Aarg.Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region Aargau
- vpod Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau

AGB, Postfach 2217, 5001 Aarau

Redaktion und Layout:
Renato Mazzocco, Sekretär AGB

Druck:
Kyburz-Druck GmbH
5742 Kölliken

Auflage: 15 000 Exemplare